

Wir brauchen eine offene Diskussion mit WissenschaftlerInnen über Tierversuche

von Claudia Hämmerling, MDA, Juni 2012

Forschung ist wichtig. Aber wenn in Berlin bei der Forschung jeden Tag mehr als 1000 Tiere auf der Strecke bleiben und wenn Versuchstiere ohne jeden Respekt behandelt werden, gehört das auf den Prüfstand. Nicht nur aus ethischen Gründen sondern auch, weil der Tierschutz seit 10 Jahren grundgesetzlich verankertes Staatsziel ist. Die nachstehende Beschreibung macht die möglichen Handlungsfelder deutlich. Die Forschung an Ersatzmethoden zu Tierversuchen muss gefördert und Tierversuche müssen verringert werden.

Zahlen und Fakten

- **Genehmigungsbedürftige Tierversuche**

Die Zahl der Tierversuche lag 2011 in Berlin bei 375.261 verbrauchten Versuchstieren. „Verbraucht“ ist in 99,9% aller Fälle die Umschreibung für getötet. Man unterscheidet zwischen genehmigungsbedürftigen und anzeigepflichtigen Tierversuchen. Die genehmigungsbedürftigen Tierversuche haben einen Anteil von 57%. Dabei handelt es sich um Forschungsvorhaben in der Grundlagenforschung. Die Tierversuchszahlen sind letztes Jahr erstmalig gesunken – um ca. 8000 Tiere gegenüber dem Vorjahr. Das gibt keinen Anlass zur Entwarnung, denn es steht der Ausbau der Kapazität des Max-Delbück-Centrums (MDC) mit geschätzten 66 000 Tieren pro Jahr bevor und es steigt die Dunkelziffer getöteter Versuchstiere zu wissenschaftlichen Zwecken. Grund ist die zunehmende Vorratshaltung von Versuchstieren. Zum einen sind die in den Versuchslabors erzeugten, genetisch veränderten Tierstämme und Zuchtlinien wertvoll. Sie werden erhalten und weiter gezüchtet. Dabei werden Tiere, die nicht die gewünschten genetischen Veränderungen besitzen und nicht dem Zuchtziel entsprechen, getötet. Zum anderen findet eine Vorratshaltung von Versuchstieren statt, damit die WissenschaftlerInnen zu jedem Zeitpunkt spontan über die benötigten Tiere verfügen können. Wenn die Tiere nicht benötigt werden, werden sie getötet. Die Zahl der so getöteten Tiere nimmt ständig zu. Sie tauchen in keiner Statistik auf, denn sie müssen weder genehmigt noch angezeigt werden. Da diese Vorratshaltung noch jung ist, fehlen eindeutige Regelungen. Hier muss schleunigst Transparenz geschaffen werden, damit nicht ein falscher Eindruck über die Zahl der getöteten Versuchstiere entsteht.

- **Anzeigespflichtige Tierversuche**

Die nur anzeigepflichtigen Versuche haben einen Anteil von 43%. Die jüngst in Kraft getretene Europäische Chemikalienrichtlinie REACH erfordert, dass alle Altchemikalien hinsichtlich ihrer Wirkung erneut erprobt werden müssen. Tierversuche sind hier Standard, ebenso wie bei der Erprobung von Medikamenten. Es ist aber bekannt, dass Tierversuche bei bestimmten Fragestellungen durch Ersatzmethoden ersetzt werden können, wenn diese erforscht und zugelassen worden sind. In der Praxis konnten bislang nur in wenigen Bereichen Tierversuche durch tierversuchsfreie Methoden ersetzt werden. Die Anerkennung und Zulassung dieser Methoden ist langwierig. Dabei sind die heute etablierten tierversuchsfreien Methoden präziser als Tierversuche, da Tiere bekanntermaßen oft anders auf bestimmte Wirkstoffe reagieren als der menschliche Organismus. Es liegt auf der Hand, dass die Aussagekraft von Untersuchungen, die an menschlichen Organen wie z.B. aus Operationsabfällen künstlich gezüchteter Menschenhaut erprobt werden, eindeutiger Schlüsse auf die Reaktion des menschlichen Organismus zulässt, als jeder Tierversuch. Dennoch hat es Jahrzehnte gedauert, bis sich diese Methode etablieren konnte und die bis dahin praktizierte Untersuchung von Wirkstoffen auf Hautreizungen an unzähligen Kaninchen abgeschafft werden konnte.

In Berlin gibt es 70 Forschungslabors mit 390 Tierversuchsvorhaben. Tierversuchsanträge werden fast immer bewilligt. Es gibt eine Tierversuchskommission, die die Versuchsanträge bewertet. Sie ist an Gesetze gebunden und kann nur in bescheidenem Maße Einfluss auf Versuche nehmen, z.B. hinsichtlich der Tierzahlen und der Abläufe. Verhindern kann sie bestenfalls Versuche, die mit derselben Fragestellung schon einmal durchgeführt worden sind.

- **Gesetzeswidrige Tierquälerei in Versuchslabors**

Dass Tierversuche in der Regel mit Schmerzen und Leiden von Versuchstieren verbunden sind und mit deren Tod enden, ist bekannt. Weniger bekannt ist der respektlose Umgang mit Versuchstieren und, dass Tiere in Labors auch völlig unnötig gequält werden.

Im letzten Jahr konnten nur 10 der 390 Tierversuchsvorhaben durch das hierfür zuständige Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) kontrolliert werden. Das sind jeweils einmalige Stichproben von nicht einmal 4% der Versuche. Ansonsten obliegt die Kontrolle den laborinternen Tierschutzbeauftragten, die von den Forschungseinrichtungen bezahlt werden.

In den letzten fünf Jahren wurden durch das LAGeSo 111 Tierschutzverstöße in 15 Versuchseinrichtungen registriert. Das heißt, obwohl nur 4% der Einrichtungen kontrolliert wurden, sind bei einem Drittel Verstöße aufgedeckt worden.

Erschreckend ist, dass es sich bei einem erheblichen Teil der Verstöße um gravierende Tierquälereien handelte. Dabei wurde z.B. experimentiert ohne Genehmigung, es wurde u.a. gegen § 9 Abs.2 Tierschutzgesetz verstoßen in dem es heißt „Schmerzen, Leiden oder Schäden dürfen den Tieren nur in dem Maße zugefügt werden, als es für den verfolgten Zweck unerlässlich ist; insbesondere dürfen sie nicht aus Gründen der Arbeits-, Zeit- oder Kostenersparnis zugefügt werden“ und an Hochschulen wurden Experimente durchgeführt, obwohl es andere geeignete Methoden gibt, d.h. die Versuche waren überflüssig.

Die in der taz vor einigen Wochen vermeldeten rechtswidrigen Tierquälereien in Versuchslaboren des MDC sind nur die Spitze des Eisbergs. Das jetzige Kontrollsystem ist ganz offensichtlich wirkungslos. Hier besteht akuter Handlungsbedarf. Es reicht aber nicht aus, die Einhaltung des Tierschutzgesetzes durchzusetzen. Aus dem Teufelskreis von immer mehr toten Versuchstieren führt nur die Forschung zur Entwicklung von Ersatzmethoden.

Ersatzmethoden zu Tierversuchen fördern

Die Bündnisgrüne Abgeordnetenhausfraktion hat kürzlich beschlossen, einen Antrag zur gezielten Unterstützung von tierversuchsfreien Forschungsmethoden ins Plenum einzubringen. Unser Ziel ist es, einen Forschungsfonds für Ersatzmethoden zu Tierversuchen einzurichten. Die Gelder aus diesem Fonds sollen Hochschulen und Forschungseinrichtungen auf Antrag zweckgebunden für entsprechende Forschungsprojekte zur Verfügung gestellt werden.

Weil die Landesmittel knapp sind und das Flughafendesaster die Haushaltslage weiter verschlimmern wird, wollen wir diesen Forschungsfonds aus einer Tierversuchsabgabe speisen. Sie soll in Höhe von 5,00 € pro Versuchstier für bestimmte anzeigepflichtige Tierversuche erhoben werden, bei denen Wirkstoffe im Rahmen von Medikamenten- und Produktuntersuchungen getestet werden. Es ist ein erster Schritt, der nicht nur dazu dient, Geldquellen zu erschließen. Das ist auch ein gezielter Appell an die Forschung, endlich verstärkt tierversuchsfreie Methoden zu entwickeln. Wir stellen klar, dass wir die Einbahnstraße der Tierversuchsforschung kritisch bewerten und die Entwicklung von Ersatzmethoden wünschen.

Die Forschung an Ersatzmethoden und die Mittelbewilligung hierfür gestalten sich schwieriger als bei Tierversuchsvorhaben. WissenschaftlerInnen, die sich dieser Aufgabe stellen wollen, müssen ungleich höhere Hürden überwinden. Da die Methoden jeweils neu sind, können die über Jahrzehnte in Tierversuchen forschenden WissenschaftlerInnen diese

nicht so leicht bewerten wie ihr Spezialgebiet. So fließen die Forschungsgelder nach wie vor weitgehend in die Tierversuchsforschung, obwohl die Entwicklung von Ersatzmethoden nicht nur unzählige Tiere vor dem Labortod retten, sondern mit tierversuchsfreien Methoden sogar international Anerkennung erzielbar und letztlich auch Geld zu verdienen ist. Am Ende geht es auch um eine faire Abwägung der grundgesetzlich verbrieften Schutzgüter, die Freiheit der Forschung und den Schutz der Tiere. Es ist Zeit, dass wir diese unbequeme Diskussion mit den WissenschaftlerInnen dieser Stadt führen.

Berlin soll sein negatives Image als Hauptstadt der Tierversuche ablegen und künftig als Hauptstadt der Erforschung von Ersatzmethoden zu Tierversuchen glänzen.